

Den Agenturen für Arbeit und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende steht ein breites, auf individuelle Unterstützung ausgerichtetes Förderinstrumentarium zur Verfügung.

Damit kann sowohl die Aufnahme einer Berufsausbildung gefördert als auch die erfolgreiche Absolvierung der Berufsausbildung unterstützt werden.

Exemplarisch hierfür stehen die folgenden Leistungen:

Ausbildungsbonus

Arbeitgeber, die für förderungsbedürftige Ausbildungssuchende aus früheren Schulentlassjahren in ihrem Betrieb zusätzliche Ausbildungsplätze im dualen System schaffen, werden mit einem einmaligen Ausbildungsbonus in Höhe von 4.000, 5.000 oder 6.000 Euro je zusätzlichem Auszubildenden unterstützt.

Mit dem Ausbildungsbonus können auch Arbeitnehmer unterstützt werden, die Auszubildende, die ihre Berufsausbildung in Folge einer Insolvenz, Stilllegung oder Schließung ihres ursprünglichen Ausbildungsbetriebes abbrechen mussten, zusätzlich eine Fortführung ihrer Berufsausbildung ermöglichen. Voraussetzung ist, dass die Vermittlung des Auszubildenden wegen in seiner Person liegenden Umstände erschwert ist. Auch viele Länder haben Programme, die Insolvenzlehrlingen helfen.

Ausbildungsbegleitende Hilfen

Benachteiligte Jugendliche können begleitend zu einer betrieblichen Berufsausbildung ausbildungsbegleitende Hilfen erhalten, wenn sie zusätzliche Unterstützung benötigen, ohne die der Ausbildungserfolg gefährdet wäre. Unterstützt werden Maßnahmen, die über betriebs- und ausbildungsübliche Inhalte hinausgehen, z. B. Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten, Förderung der Fachpraxis und Fachtheorie sowie sozialpädagogische Begleitung.

Sozialpädagogische Begleitung während einer Berufsausbildungsvorbereitung

Benachteiligte Jugendliche können auch bereits während einer Berufsausbildungsvorbereitung oder einer Einstiegsqualifizierung sozialpädagogisch begleitet werden.

Organisatorische Unterstützung bei Berufsausbildungsvorbereitung und betrieblicher Berufsausbildung

Klein- und Mittelbetriebe können bei der Administration und Organisation der Durchführung einer betrieblichen Berufsausbildung, einer Berufsausbildungsvorbereitung oder einer Einstiegsqualifizierung benachteiligter Jugendlicher unterstützt werden.

Kurzarbeit und Auszubildende

Grundsätzlich ist auch für Auszubildende Kurzarbeit möglich. Jedoch sind dem Arbeitgeber besondere Maßnahmen zur Fortsetzung der Berufsausbildung trotz Kurzarbeit im Betrieb zumutbar (z. B. Versetzung der Auszubildenden in andere Abteilungen oder Lehrwerkstatt).

Wenn die Berufsausbildung nicht fortgesetzt werden kann, haben die Auszubildenden einen Vergütungsanspruch nach dem Berufsbildungsgesetz. Solange ein Vergütungsanspruch besteht, kann kein Anspruch auf Kurzarbeitergeld entstehen, da kein Entgeltausfall vorliegt.

Für Auszubildende, die nach Beendigung ihres Berufsausbildungsverhältnisses eine versicherungspflichtige Beschäftigung bei demselben oder einem anderen Arbeitgeber aufnehmen, kann Kurzarbeitergeld gezahlt werden.

Einstiegsqualifizierung

Arbeitgeber, die eine betriebliche Einstiegsqualifizierung durchführen, können durch Zuschüsse zur Vergütung bis zu einer Höhe von 212 Euro monatlich zuzüglich eines pauschalierten Anteils am durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbeitrag des Auszubildenden gefördert werden. Die betriebliche Einstiegsqualifizierung, die mindestens sechs aber längstens zwölf Monate dauert, dient der Vermittlung und Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit.

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen sollen benachteiligten jungen Menschen und unversorgten Ausbildungsplatzbewerbern den Übergang von allgemein bildenden Schulen in Ausbildung oder Arbeit erleichtern. Neben einer fundierten Eignungsanalyse und einer kontinuierlichen Bildungsbegleitung sind Qualifizierungs- und Fördersequenzen, die je nach individuellem Förderbedarf unterschiedlich lange betriebliche Qualifizierungsanteile und Berufsorientierungs- bzw. Berufswahlelemente enthalten können, fester Bestandteil einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme. Darüber hinaus kann auch auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses vorbereitet werden. Für junge Menschen ohne Schulabschluss gibt es hierauf seit dem 1. Januar 2009 einen Rechtsanspruch.

Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen

Für benachteiligte Jugendliche, bei denen eine Vermittlung in ein Ausbildungsverhältnis auch mit ausbildungsbegleitenden Hilfen und nach Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme nicht erfolgreich ist, kann eine Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung gefördert werden.

Ab dem 1. August 2009 kann auch nach der vorzeitigen Lösung eines betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsausbildungsverhältnisses die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung fortgesetzt werden, wenn eine Eingliederung in betriebliche Berufsausbildung aussichtslos ist. Der Auszubildende braucht in diesem Fall kein benachteiligter Jugendlicher zu sein. Ein Fall der vorzeitigen Vertragslösung kann z. B. Folge einer Insolvenz, Stilllegung bzw. Schließung des ausbildenden Betriebes sein.

Des Weiteren kann ab dem 1. August 2009 bis zum 31. Dezember 2010 in begründeten Ausnahmefällen zugunsten von sozial benachteiligten Jugendlichen vom Erfordernis der vorherigen Teilnahme an einer auf einen Beruf vorbereitenden Maßnahme mit einer Dauer von mindestens sechs Monaten abgesehen werden.

Berufsausbildungsbeihilfe

Um eine betriebliche oder außerbetriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu ermöglichen, zahlt die Agentur für Arbeit Auszubildenden eine Berufsausbildungsbeihilfe, wenn sie während der Berufsausbildung nicht bei den Eltern wohnen können, weil der Ausbildungsbetrieb vom Elternhaus zu weit entfernt ist. Auszubildende, die über 18 Jahre alt sind, verheiratet sind oder waren oder mindestens ein Kind haben, können auch BAB erhalten, wenn sie nicht im Elternhaus leben. Darüber hinaus wird einkommensunabhängig die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme gefördert.

Förderung aus dem Vermittlungsbudget

Bei der Anbahnung oder Aufnahme einer Berufsausbildung können Ausbildungsuchende aus dem Vermittlungsbudget der Agentur für Arbeit gefördert werden, wenn dies für die berufliche Eingliederung notwendig ist. Die Förderung umfasst die notwendigen und angemessenen Kosten, soweit der Arbeitgeber gleichartige Leistungen nicht oder voraussichtlich nicht erbringen wird. Hierzu kann auch die Übernahme notwendiger Umzugskosten gehören.

Eingliederungstitel

Die Aufstockung der Eingliederungstitel im SGB II und SGB III im Rahmen des Konjunkturpakets II räumt den Agenturen für Arbeit und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende größeren finanziellen Spielraum für individuelle Unterstützung ein.